

## Theodor Schieder

(\* 11. 4. 1908 in Oettingen Kr. Nördlingen – † in Köln 8. 10. 1984)

Wenige Wochen nach dem von ihm immer wieder geforderten Erscheinen einer ein breites Leserpublikum erreichenden Taschenbuchausgabe der von ihm in den Jahren 1953 bis 1961 herausgegebenen fünfbandigen „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“ (einschließlich dreier Beihefte) ist 76jährig einer der führenden Repräsentanten der deutschen Geschichtswissenschaft, der Historiker Theodor Schieder, am 8. Oktober 1984 in Köln verstorben. Sein Leben und seine wissenschaftliche Arbeit waren in vielfältiger Weise mit dem deutschen Osten verbunden.

Aus einer altbayerischen Familie stammend, entschied er sich, nach seiner Promotion in München 1933, an die Albertus-Universität in Königsberg/Preußen in den Forschungskreis um den dortigen Ordinarius für neuere Geschichte Hans Rothfels überzuwechseln. Das Erlebnis Ostpreußens in den Jahren bis 1944 bestimmte seinen weiteren Weg nachhaltig, auch und gerade, seit er nach der Katastrophe des deutschen Ostens daran ging, zusammen mit seiner aus Ellerwald/Kreis Elbing stammenden Frau und seinen vier Kindern mit der Übernahme eines Lehrstuhls für mittlere und neuere Geschichte an der Universität zu Köln 1948 neu zu beginnen. In wenigen Jahren stieg Theodor Schieder in die erste Reihe der westdeutschen Historiker auf.

In der ihm zu seinem 60. Geburtstag gewidmeten Festschrift haben die Herausgeber dies so beschrieben: „Ein Geheimnis seines Erfolges lag ... darin, daß der geborene Bayer auf ostpreußischem Boden jene seltene Mischung von weltoffener Liberalität und pflichterfüllter Hingabe an die Sache in sich verkörperte, die den idealen Historiker ausmacht, insofern Distanz und Engagement gleichzeitig von ihm zu fordern sind.“ – Neben einer ganzen Reihe kleinerer Arbeiten zur Geschichte des deutschen Ostens und des Ostseeraumes wie „Die preußische Königskrönung von 1701 und die politische Ideengeschichte“ (1935), „Deutschland und die litauische Frage während des Weltkrieges“ (1937) und „Ostpreußen in der Reichsgeschichte“ (1938) ist vor allem seine 1940 in Königsberg als Buch erschienene Habilitationsschrift „Deutscher Geist und ständische Freiheit im Weichsellande. Politische Ideen und politisches Schrifttum in Westpreußen von der Lubliner Union bis zu den polnischen Teilungen (1569–1772/93)“ als Frucht seiner wissenschaftlichen Tätigkeit an der Albertus-Universität hervorzuheben. 1942 wurde Schieder auf dem früheren Lehrstuhl von Hans Rothfels, der 1939 zur Emigration gezwungen war, ordentlicher Professor für neuere Geschichte. Im Juli 1944 nahm er an der 400-Jahrfeier der Gründung seiner Universität in Königsberg teil, als die Front nach dem Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte bereits bis an die Memel zurückgedrückt war und sich die Katastrophe des deutschen Ostens mit der Überflutung durch die Rote Armee schon abzeichnete.

Die von Schieder bald nach Übernahme seines Kölner Lehrstuhls konzipierte und mit einem Team von Mitarbeitern in acht Jahren in äußerst mühevoller Sammler-, Registrier- und Ordnungs-Tätigkeit, sodann in den jeweiligen umfangreichen Einleitungen zu den einzelnen Bänden geleistete Arbeit einer das Wesentliche zusammenfassenden Darstellung und Interpretation sollte zunächst einmal einer Bestandsaufnahme des Erlebten, Er-

fahrenen und Erlittenen von Millionen Menschen (in repräsentativer Auswahl dokumentiert) dienen. Die Intention ging jedoch erheblich weiter und zielte auf Grundsätzliches. Es galt, der künftigen Geschichtsschreibung ein Quellenmaterial ganz besonderer Art zur Verfügung zu stellen, das es ihr ermöglichte, die Bedeutung des Verlustes des deutschen Ostens und darüber hinaus des Deutschtums in ganz Ost-Mitteleuropa für die gesamte deutsche und für die europäische Geschichte zu erfassen. Dies ist ein großes, im Grunde bis heute noch nicht von den Historikern angepacktes Thema. Im Vorwort zu Band I/1 hatte Schieder (1953) davon gesprochen, daß „die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten ... ein Ereignis (ist), dessen volle geschichtliche Tragweite sich heute noch einem Urteil entzieht ... In jedem Falle lassen uns die geläufigen Maßstäbe der europäischen Geschichte im Stich.“ Er habe die Aufgabe übernommen – „und zwar mit vollem Ernst und im ganzen Wissen um die Schwierigkeit der Aufgabe“ – „in der Sorge, Geschehnisse in der furchtbaren Größe der Massenausreibung könnten in Vergessenheit fallen, die abschreckenden und aufrüttelnden Erfahrungen dieser europäischen Katastrophe könnten für die Staatsmänner und Politiker, denen ein glücklicheres Europa zu schaffen aufgetragen ist, verloren gehen.“ Bei seiner Aufgabe habe er sich in seinem Gewissen „nur an das Ethos der wissenschaftlichen Forschung gebunden“ gefühlt. Im Bekenntnis zu dem in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen ausgesprochenen Verzicht auf Rache und Vergeltung läge das Wissen um den „deutschen Anteil an den Verhängnissen der beiden letzten Jahrzehnte“.

Auch unabhängig von der Arbeit an der „Dokumentation“ und über ihren Abschluß hinaus blieb Schieder, dessen Forschungs- und Lehrtätigkeit in Köln in den nächsten fünfundzwanzig Jahren sich in einem sehr breiten Œuvre niederschlug, in dem Probleme der nationalen und sozialen Bewegungen in Europa (mit Schwerpunkt im 19. Jahrhundert), der ideengeschichtlichen Fundierung und politischen Organisation der Staaten sowie der internationalen Ordnung in ihren politischen und völkerrechtlichen Zusammenhängen (im Wandel der Geschichte der Neuzeit bis zur Gegenwart) Schlüsselbereiche darstellten, in seinen Arbeiten der Thematik des deutschen und europäischen Ostens verbunden. Er kehrte immer wieder dahin zurück. Neben Vorträgen, zuletzt noch im Sommersemester 1984 zur Eröffnung einer Reihe zur ostpreußischen Geschichte an der Bonner Universität, und neben Aufsätzen wie etwa „Die großen Momente der ostpreußischen Geschichte“ (1950), „Die ostdeutschen Hochschulen“ (1950) und „Das Problem des Nationalismus in Osteuropa“ (1956) bezeugte dies direkt und indirekt auch sein letztes großes Werk „Friedrich der Große. Eine Königtum der Widersprüche“ (1983).

Schieders Haltung zu dem ihn – wie der Verfasser dieser Zeilen aus zahllosen Gesprächen mit ihm weiß – tief bewegenden Problem des Verlustes des deutschen Ostens spiegelt sich in seiner wenige Monate vor seinem Tode verfaßten Rezension des in übermächtigem Zorn und Schmerz über den „Ruin der deutschen Geschichte und ihres Verständnisses“ geschriebenen Buches des Göttinger Althistorikers Alfred Heuß „Versagen und Verhängnis“: „Es gilt in dieser Situation, die kaum Hoffnung auf Wiederherstellung läßt, als Erinnerungspflicht der Historiker, Städte wie Königsberg, Danzig, Breslau als unerläßliche Bestandteile unseres nationalen Gedächtnisses lebendig zu erhalten.“ Versagen und Verhängnis verschlingen sich zwar. Sie sind aber – so Schieder – „in ihren Wirkungen unterschieden: Versagen erregt Zorn, Verhängnis Trauer. Der Ruin deutscher

Geschichte ... soll für den Historiker auch ein Gegenstand der Trauer sein. Zorn hält unbarmherzig über Geschehenes, Unwiederbringliches Gericht; in Trauer ist (hingegen) ein Wille zur Bewahrung, ja vielleicht auch noch ein Fünkchen Hoffnung lebendig“.

Andreas Hillgruber

## Walter Müller-Dultz

(\* 12. 4. 1912 in Danzig-Oliva – † Freudenstadt 23. 6. 1983)

Nach Jahren schweren Leidens starb am 23. Juni 1983 der langjährige frühere Vorsitzende des 1925 in Königsberg gegründeten Vereins für Familienforschung in Ost- und Westpreußen, Walter Müller-Dultz. Die altpreußische Familienforschung verliert mit ihm einen ihrer bedeutendsten Vertreter. Geboren in Oliva am 12. April 1912, verscrieb er sich schon als Schüler und später als Student der Rechtswissenschaften in Königsberg der Erforschung altpreußischer Familien und ihrer Zusammenhänge mit und ihrem Wirken in der Geschichte Ost- und Westpreußens.

Tiefe Heimatliebe und genaue Kenntnis der genealogischen Quellen, insbesondere auch der Stadt Königsberg, haben ihn befähigt, sein Wissen in zahlreichen Veröffentlichungen weiterzugeben. Sein eigentliches Verdienst liegt jedoch darin, nach dem Krieg der altpreußischen Familienforschung in der Festigung und dem Ausbau des alten Königsberger Vereins eine sichere Institution gegeben zu haben. Es kennzeichnet ihn und sein Wollen, daß er in hoffnungsloser Zeit, unmittelbar nach dem Krieg, irgendwo in Schleswig-Holstein Gallandis Arbeit über die „Königsberger Stadtgeschlechter“ aufgetrieben und mit der Hand abgeschrieben hatte, um sie für einen späteren Druck durch den Verein bereitzuhalten. Als dieser, 1953 in Hamburg mit wenigen Mitgliedern fortgesetzt, nach dem Tod mehrerer seiner aktivsten Mitglieder um 1960 an einem Scheideweg stand, war er es, der sich unter Verzicht auf Freizeit und unter manchem anderen Opfer neben dem Beruf mit seiner ganzen Kraft und in nie erlahmendem Eifer in den Dienst der altpreußischen Sache stellte.

Von 1961 bis 1977 leitete er von Lübeck aus die Geschicke des Vereins. Wenn dieser heute unter Einschluß zahlreicher wissenschaftlicher Einrichtungen im In- und Ausland nahezu 700 Mitglieder zählt und in vier verschiedenen Schriftenreihen, darunter der Fortsetzung der seit 1927 erscheinenden Zeitschrift „Altpreußische Geschlechterkunde“, jährlich zwischen 1500 und 2000 Druckseiten veröffentlichen kann, so ist das im wesentlichen sein Verdienst. Denn er glaubte auch in den Jahren rücksichtslosen Wohlstandsstrebens und krasser Geschichtslosigkeit fest daran, daß die Verbundenheit mit den altpreußischen Landen und das Interesse an ihrer Geschichte am sichersten über die Beschäftigung mit den Geschicken der eigenen Vorfahren an die kommenden Generationen weitergegeben werden können und durch die ehelichen Verbindungen mit der westdeutschen Bevölkerung auch diese unmittelbar erreichen werden.

Reinhold Heling

## Buchbesprechung

Ursula Hannelore Wagner: *Die Preußische Verwaltung des Regierungsbezirks Marienwerder 1871–1920* (= Studien zur Geschichte Preußens, hrsg. von Walther Hubatsch, Bd. 35), Köln 1982, 169 S., 21 Abb. und eine Karte i. Anh.

Bei der vorliegenden Veröffentlichung handelt es sich um eine 1981 von der Philosophischen Fakultät der Rheinischen-Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn angenommene Dissertation. Sie beruht im wesentlichen auf der Auswertung ungedruckter Quellen im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin. Zu nennen sind vor allem die Akten der XIV. Hauptabteilung, Repositur 181 „Regierung Marienwerder“, wobei die Präsidialabteilung und die Abteilung für Steuern, Domänen und Forsten in Betracht kamen. Außerdem wurden die Personal- und Verwaltungsakten der Repositur 77 „Preußisches Ministerium des Innern“ – u. a. über die Stellenbesetzungen der Landratsämter –, Zeitungsberichte aus den Repositoren 84a „Preußisches Justizministerium“ und 2 „Oberpräsidium Königsberg“ sowie Unterlagen des preußischen Staatsministeriums (Rep. 90) und des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten (Rep. 87) herangezogen. Dieses reiche Quellenmaterial hat die Vf. in durch Recherchen im Evangelischen Zentralarchiv Berlin ergänzt. Dank der günstigen Überlieferungslage kann die Arbeit ein detailliertes und ausgewogenes Bild vom Verwaltungsaufbau und den Behörden des Regierungsbezirks Marienwerder von der Reichsgründung bis zum Versailler Vertrag und den damit verbundenen Grenzänderungen vermitteln. Der zweite Teil der Studie ist den Aufgaben, Problemen und Maßnahmen in verschiedenen Verwaltungsbereichen gewidmet. Zunächst wird ein Überblick über die Errichtung der Provinz Westpreußen und ihre Oberpräsidenten gegeben. Zum 1879 ernannten Oberpräsidenten von Ernsthausen ist zu ergänzen, daß er von 1871 bis 1875 Bezirkspräsident von Unter-Elsaß war und in den folgenden vier Jahren die gleiche Funktion im Ober-Elsaß innehatte. Nach der Betrachtung des Umfangs und der natürlichen Gegebenheiten des Regierungsbezirks Marienwerder wird kurz die wirtschaftliche Entwicklung dieses Raums bis 1920 gestreift und dann ein Blick auf die Bevölkerungs- und konfessionellen Verhältnisse geworfen. Eingehend befaßt sich die Vf. in im folgenden mit den Verwaltungsbehörden und ihren leitenden Beamten, wobei die Personalien und Aufgaben der Regierungspräsidenten und Landräte besondere Beachtung verdienen. Hervorzuheben ist hier, daß viele von ihnen nicht aus den preußischen Ostprovinzen, sondern aus anderen Landstrichen stammten. Ein Druckfehler ist wohl auf S. 50 Heiligenrade/Kr. Kassel. Hier muß es korrekt Heiligenrode heißen. Mit Recht wird auf die große Bedeutung der Kreisordnung von 1872 verwiesen, die zur Aufhebung der gutsherrlichen Polizeigewalt und zur Einrichtung der Kreistage als Vertretung des gesamten Kreises führte. Sie bedingte auch die Auskreisung der Städte mit mehr als 25.000 Einwohnern, die im Regierungsbezirk Marienwerder bei Graudenz und Thorn Anwendung fand. Erwähnenswert ist, daß die Städteordnung von 1853, die auf dem Dreiklassenwahlrecht beruhte, bis 1918 in Kraft blieb, worin die Kontinuität der preußischen Verwaltung sichtbar wird. Ein weiteres wichtiges Reglement war die Landgemeindeordnung von 1891, die die Schaffung leistungsfähiger, einfach zu verwaltender Gemeinden durch Um- und Eingemeindungen bezweckte.

Zu den Aufgaben des Regierungspräsidenten gehörte die Aufsicht über die gesamte Polizeiverwaltung des Bezirks, die im Bereich der Ordnungs- und Sicherheitspolizei die Grenzüberwachung – hierfür wurde 1895 ein Grenzkommissariat in Thorn eingerichtet – und die Beobachtung der nationalpolnischen Agitationen – sie hatten sich nach Böhning<sup>1</sup> seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in Westpreußen zunehmend entwickelt – umfaßte. Die Regierungspräsidenten hatten ferner Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums, u. a. durch Fideikommißbildung und Domänenankauf,

<sup>1</sup> Vgl. Peter Böhning: *Die nationalpolnische Bewegung in Westpreußen 1815–1871* (= Marburger Ostforschungen, hrsg. von Richard Breyer, Bd. 33), Marburg 1973, S. 64ff.